

Irritation um Brief zu CCS-Gesetz

Magdeburg (wb). Ein mögliches Kohlendioxid-Endlager (CCS) in der Altmark sorgt für Irritationen in der CDU/SPD-Regierungskoalition. Tilman Tögel (SPD), Chef des Landtags-Wirtschaftsausschusses, verdächtigte gestern Wirtschaftsminister Reiner Haseloff und Umweltminister Hermann Onko Aeikens (beide CDU), „entgegen anderslautender Äußerungen die CO₂-Speicherung in der Altmark durchdrücken“ zu wollen.

Tögel bezog sich auf einen in Vorwoche bekanntgewordenen Brief, in dem Haseloff und Aeikens gegenüber Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) die Frage einer Schadenshaftung durch den Bund als eine von mehreren Bedingungen des Landes für ein CO₂-Endlagergesetz genannt hatten. Tögel verlangte zu dem Brief eine Erklärung von Haseloff und Aeikens im Landtags-Wirtschaftsausschuss.

Die Minister wiesen die Kritik des SPD-Mannes zurück. In einer Erklärung stellten sie klar, ihnen sei es mit dem Brief an den Bund „ausschließlich darum gegangen, dass der Bund im Rahmen des CCS-Gesetzes seine Verantwortlichkeit nicht auf die Länder delegiert“. Sachsen-Anhalt wolle weder Genehmigungsbehörde für CCS-Einlagerungen sein noch die Haftung nach einer Stilllegung übernehmen, was der jetzige Gesetzesentwurf des Bundes vorsehe. Auch lehne man ländereigene CCS-Speichergesetze ab. „Selbstverständlich soll der Landtag bei all diesen Entscheidungen einbezogen werden“, erklärten die Minister und widersprachen damit anderslautenden Darstellungen.